

Akzeptanzkommunikation für Energieprojekte

M. Pust

TECSOL GmbH, Friedeburg

Kurzfassung

Wer heute Energieprojekte umsetzen will, muss sich im Klaren darüber sein, dass sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen stark verändert haben. Es reicht für die Akzeptanz des Vorhabens häufig nicht mehr aus, dass ein Vorhabenträger den rechtlich vorgegebenen Weg des Genehmigungsprozesses beschreitet und die betroffenen Bürger erst am Ende eines Planverfahrens informiert. Weite Teile der Bevölkerung kritisieren die übliche Regelung, da sie kein Vertrauen mehr in diesen Weg der Entscheidungsfindung haben und er ihnen zu wenig Mitgestaltungsspielraum gewährt. So fordern Bürger seit einigen Jahren eine umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit, die frühzeitig darlegt, warum ein konkretes Projekt gebraucht wird und welche Auswirkungen es mit sich bringt. Ohne Akzeptanz kann Widerstand entstehen, der sich negativ auf das Projekt oder das Gesamtunternehmen auswirkt.

TECSOL gestaltet das Kommunikationsmanagement für Energieprojekte und orientiert sich dabei an bestehenden Standards für eine freiwillige, frühe Information der Öffentlichkeit wie sie u.a. der VDI (Richtlinie 7001) und der Gesetzgeber (PIVereinhG) vorsehen. Der Vortrag skizziert die gesellschaftlichen Herausforderungen sowie Möglichkeiten für einen guten Umgang mit den Forderungen der Bevölkerung im Kontext von Energieprojekten. Anhand des Leitbilds „Kulturlandschaft Etzel“, das TECSOL für die IVG Caverns GmbH maßgeblich mit begleitet hat, beschreibt der Vortrag zudem ein Beispiel aus der Praxis.

Einleitung

Das gesellschaftliche Umfeld, in dem derzeit Infrastrukturprojekte geplant und gebaut werden, unterliegt einem Wandel. War die Projektleitung üblicherweise ein Prozess, bei dem die Kommunikation auf den Vorhabenträger und die Behörden beschränkt war, steht heute die gesellschaftliche Forderung nach einer umfassenden Information und Beteiligung einer breiten Öffentlichkeit im Raum. Laut einer Umfrage des TNS-Emnid Instituts im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, wünschen sich neun von zehn Bundesbürgern mehr Informationen und acht von zehn mehr Mitsprachemöglichkeiten bei geplanten Projekten [1].

Gerade gebildete Bürger fordern mehr Einfluss bei Veränderungen, insbesondere wenn ihr Lebensumfeld betroffen ist. Waren Protestierer in der Vergangenheit überwiegend junge Menschen, so ist es heute vor allem die Generation der 50-Jährigen, die sich öffentlich zur Wehr setzt und ihren Unmut über Projekte vehement kundtut. Eine Erklärung für diese Entwicklung bietet die BP-Gesellschaftsstudie von Prof. Franz Walter zur Motivation von Protestbewegungen. Der Göttinger Demokratieforscher fand vor allem „gebildete Bürger mit ordentlichem Einkommen, vielseitigen Kontakten und anspruchsvollen Berufstätigkeiten“ [2], die gegen Projekte auf die Barrikaden gehen. Sie haben bereits in ihrer Jugend gegen Atomenergie und Mittelstreckenraketen demonstriert und die Gründungswelle von Bürgerinitiativen in den siebziger Jahren erlebt. Walter wertet diese Erfahrungen als Grundlage dafür, dass diese Generation ein anderes Demokratieverständnis entwickelt hat, als die Generation, die zur Zeit des

Nationalsozialismus groß geworden ist. Die Generation der heute 50-Jährigen verfügt über ein ausgeprägtes Selbstbewusstsein, das sie befähigt, gegen Autoritäten zu rebellieren. „In ihrer Interpretation von Bürgerrechten in demokratischen Gesellschaften besitzt der zivilgesellschaftliche Nicht-Gehorsam eine ungleich höhere Legitimität, ja Selbstverständlichkeit als es vier Jahrzehnte zuvor in der damaligen bundesrepublikanischen Seniorenschicht Usus war.“ [3]

Viele Bürgerinitiativen sind erfolgreich in ihrem Protest, da sie sich überwiegend aus gut gebildeten Bürgern zusammensetzen. Diese verfügen meist über eine berufliche Qualifikation, die sie befähigt, sich bestens zu organisieren und zu kommunizieren. Sie sind bereit, viel Zeit zu investieren, gehen versiert und selbstbewusst beim Knüpfen von Kontakten zu Medien und Politik und bei der Verbreitung ihrer Sichtweisen, gerade über soziale Netzwerke und das Internet, vor. Zudem verschafft das enorme Angebot der (online) zur Verfügung stehenden Informationen Bürgern die Möglichkeit, „Expertenwissen“ zu sammeln. Ausgerüstet mit einem „rebellischen“ Selbstverständnis wie der Demokratieforscher es beschreibt, ist es nachvollziehbar, dass viele Initiativen großen Einfluss auf Politik und Medien ausüben.

In diesem Kontext bewegen sich Unternehmen, wenn sie Energieprojekte umsetzen wollen. Dabei hilft eine geeignete strategische Kommunikation, die Bürger als bedeutende Akteure berücksichtigt, die frühzeitig zu informieren und zu beteiligen sind. Ohne aktive, kontinuierliche Kommunikation ist kein Rückhalt für ein Vorhaben zu schaffen.

Akzeptanzkommunikation als neuer Bestandteil von Projekten

Wie wichtig geeignete Kommunikation bei Planung und Bau von Infrastrukturprojekten geworden ist, lässt sich u.a. daran erkennen, dass der VDI im März 2014 eine Richtlinie herausgegeben hat (VDI 7001), die Standards für „gute Kommunikation und Öffentlichkeitsbeteiligung“ darlegt. Begründet werden diese Maßnahmen vor allem mit den betriebs- und volkswirtschaftlichen Kosten, die entstehen, wenn Bürger durch ihren Protest, Einwende oder Klagen, Vorhaben zum Teil auf viele Jahre hin verzögern. „Frühzeitige und umfassende Kommunikation und Öffentlichkeitsbeteiligung legitimieren auf gesellschaftlicher Ebene die inhaltliche Angemessenheit der technischen Lösung des Projekts und senken damit die Wahrscheinlichkeit eskalierender Konflikte. [...] Damit sind Kommunikation und Öffentlichkeitsbeteiligung keine „weichen“ Themen mehr, sondern „harte“, erfolgskritische Faktoren für Infrastruktur- und Industrieprojekte.“ [4]

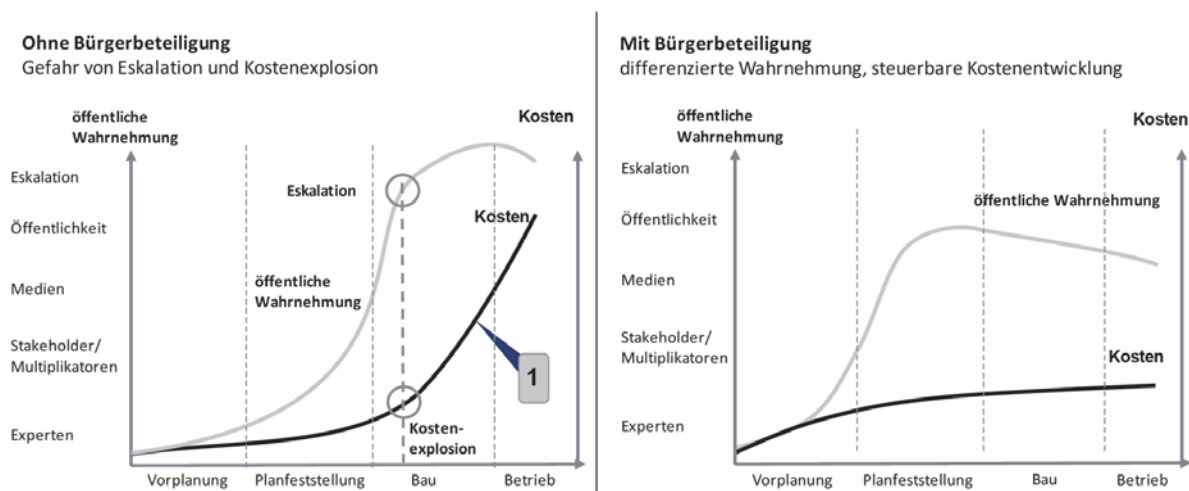


Abbildung 1: Korrelation von öffentlicher Wahrnehmung und Projektkosten mit und ohne Bürgerbeteiligung [5]

1 Mehrkosten insbesondere durch Bauverzögerung und Opportunitätskosten

Einen weiteren Aspekt stellen die langen Planungs- und Bauzeiten dar. Da diese teilweise mehr als zehn Jahre in Anspruch nehmen, reicht es nicht aus, einmalig über Ziele und Alternativen von Vorhaben zu sprechen. Vielmehr müssen Entscheidungen kontinuierlich begründet und vermittelt werden, damit sich ein solider Rückhalt in der interessierten Bevölkerung entwickeln kann.

Auch das 2013 in Kraft getretene „Gesetz zur Verbesserung der Öffentlichkeitsbeteiligung und Vereinheitlichung von Planfeststellungsverfahren“ (PlVereinhG) zeigt die Bedeutung von Akzeptanzkommunikation. So heißt es im Gesetzestext: „Die Behörde wirkt darauf hin, dass der Träger bei der Planung von Vorhaben, die nicht nur unwesentliche Auswirkungen auf die Belange einer größeren Zahl von Dritten haben können, die betroffene Öffentlichkeit frühzeitig über die Ziele des Vorhabens, die Mittel, es zu verwirklichen, und die voraussichtlichen Auswirkungen des Vorhabens unterrichtet (frühe Öffentlichkeitsbeteiligung). Die frühe Öffentlichkeitsbeteiligung soll möglichst bereits vor der Stellung eines Antrags stattfinden.“ [6]

Für den Projektträger haben diese gesellschaftlichen und gesetzlichen Anforderungen zur Folge, dass ein weiteres Projektgewerk implementiert werden muss. Neben den Herausforderungen im Bereich der Technik, Arbeitssicherheit, dem Kosten- und Terminmanagement muss die nach außen gerichtete Kommunikation zur Akzeptanzverbesserung in Zukunft ein fester Bestandteil eines Projektes sein.

Grundlagen von Akzeptanzkommunikation

Akzeptanzkommunikation lebt von der Idee eines respektvollen Umgangs und dient somit einem guten Miteinander. Was hier banal klingt, ist bislang nicht immer Praxis. Viele Projektträger wissen noch nicht, wie wichtig ein offener und fairer Austausch mit Menschen ist, die von den Auswirkungen eines Vorhabens betroffen sind. Für eine hilfreiche Kommunikation braucht es in erster Linie Vertrauen. Dieses bei relevanten Akteuren aufzubauen, ist eine Grundlage für eine nachhaltige Akzeptanz. Wie Vertrauen aufgebaut werden kann, hängt von unterschiedlichen Faktoren ab - grundsätzlich lässt sich jedoch feststellen, dass Transparenz ein gutes Mittel auf dem Weg dahin ist. Transparenz bedeutet aber nicht, komplexe Daten und Fakten im Internet zu veröffentlichen, die für die Allgemeinheit meist unverständlich sind. Transparenz dient dazu, der Bevölkerung Informationen zur Verfügung zu stellen, die sie in die Lage versetzen, sich eine Meinung zu bilden. Damit möglichst eine breite Öffentlichkeit erreicht wird, braucht es einen Mix aus Kommunikationskanälen. Doch reicht eine einseitige Kommunikation vom Vorhabenträger in Richtung Öffentlichkeit nicht aus, um Akzeptanz zu schaffen.

Bürger fordern ein Forum, um ihre Fragen zu stellen, ihre Ängste, ihre Wut sowie ihre Ideen und Sichtweisen zu äußern. Akzeptanzkommunikation, wie TECSOL sie versteht, braucht einen ernst gemeinten Dialog zwischen dem Projektträger und den Akteuren. Damit gemeint sind informelle, freiwillige und frühzeitige Beteiligungsverfahren, die über die bisherigen gesetzlichen Verfahren hinausgehen, ohne sie zu ersetzen.

Bisherige Verfahren bieten Bürgern nur die Möglichkeit, Kommentare abzugeben und zu festgelegten Fragen Stellung zu beziehen. Die bisherigen Anhörungsverfahren führen nicht selten zu massiver Kritik bei Bürgern, die in solchen Verfahrensregelungen zu wenig Gestaltungsspielraum und Mitsprachemöglichkeiten sehen.

Akzeptanzkommunikation stellt nicht die gängige Rechtspraxis von formellen Verfahren infrage, sondern will die Forderung nach Mitgestaltung aufnehmen und durch sinnvolle informelle Verfahren ergänzen. Diese zeichnen sich durch hohe Flexibilität und Gestaltungsspielräume aus und zielen darauf, durch Dialoge die Interessen aller Beteiligten offen auf den Tisch zu legen, ohne dass eine rechtsverbindliche Lösung gefunden wird. Allerdings dürfen die Ergebnisse von freiwilligen Verfahren nicht bei den Planungen außer

Acht gelassen werden, sonst fühlen sich die Beteiligten nicht ernst genommen. Ist die Glaubwürdigkeit des Projektträgers öffentlich beschädigt, kann es zu einem massiven Widerstand gegen ein Projekt kommen, der eskalieren kann.

Handlungsvorschläge für Projektleiter

Am Anfang von Akzeptanzkommunikation für ein konkretes Vorhaben empfiehlt sich eine Analyse des Projektumfeldes und der Akteure. Die gewonnenen Informationen sind Basis für die strategische Konzeption und die Auswahl geeigneter Kommunikationswege. Die Strategie muss insbesondere auf den Vorhabenträger zugeschnitten sein und darf nicht über seine Bereitschaft, Mitgestaltungsspielräume zur Verfügung zu stellen, hinausgehen. Für jede Projektphase sind spezifische Kommunikationsziele zu erreichen. Hierzu werden die in der strategischen Konzeption festgelegten Kommunikationswege auf die Ebenen Information, Konsultation und Mitgestaltung ausgerichtet.

Informationsebene

Zu Beginn von Akzeptanzkommunikation gilt es das Interesse für ein konkretes Vorhaben, seine Ziele sowie den Planungsstand bei der breiten Öffentlichkeit zu wecken. Auf dieser Ebene verläuft die Kommunikation einseitig vom Vorhabenträger und den Behörden in Richtung der zu Beteiligenden. Die Herausforderung gerade bei komplexen Projekten ist, diese verständlich zu erklären sowie den gesellschaftlichen und konkreten Nutzen darzulegen. Damit Vertrauen entstehen kann ist Transparenz von Anfang an wichtig, das bedeutet u.a. es muss klar zu ersehen sein, wer der Urheber von Veröffentlichungen ist, wer Gutachten beauftragt hat und welche Unsicherheiten bei dargestellten Fakten bestehen. Die Transparenz dient dazu, die Öffentlichkeit in die Lage zu versetzen, sich eine Meinung zu bilden, um sie später äußern zu können.

Das konkrete kommunikative Vorgehen muss an das jeweilige Projekt und das Umfeld angepasst werden, jedoch gilt grundsätzlich: frühzeitig und auch über kontroverse Themen zu informieren, um glaubwürdig zu sein. Als Kommunikationsinstrumente eignen sich Projektwebseiten, Pressearbeit, Hauswurfsendungen, Broschüren, Aushänge, Bürgertelefon, Informationsveranstaltungen sowie Planungsmessen.

Um Rückhalt für ein Vorhaben zu schaffen, reicht die transparente Information der Öffentlichkeit aber meist nicht aus. Die einzelnen Interessengruppen bewerten die Informationen sehr verschieden, so dass sich häufig Konflikte abzeichnen oder bereits deutlich zum Ausdruck kommen - hier schließt die Konsultationsebene an.

Konsultationsebene

Diese Ebene der Kommunikation verläuft wechselseitig zwischen dem Vorhabenträger und ausgewählten Akteuren. Konsultation bedeutet, dass die Akteure aktiv ihre Meinung einbringen und zur Partizipation aufgefordert werden. Der Vorhabenträger bzw. die Behörde holt sich die Meinung und konkrete Vorschläge der Akteure ein. Die direkten Begegnungen zwischen dem Vorhabenträger und der Öffentlichkeit haben einen explizit beratenden Charakter. In dieser Phase soll lokales Wissen abgefragt und unterschiedliche Vorstellungen und Sichtweisen für die Planungen eingebracht werden.

Methoden für Konsultationszwecke gibt es zahlreiche und sollten entsprechend der lokalen Gegebenheiten und den Ergebnissen der Akteursanalyse ausgewählt werden. Grundsätzlich sind Beteiligungsverfahren geeignet, die sich in Dialoge mit vielen Teilnehmern, wie etwa Informationsmessen, Informationsveranstaltungen und Dialoge in kleinen Gruppen z.B. Nachbarschaftsgespräche oder Telefon-Hotlines aufteilen.

Große Beteiligungsverfahren, die auch online durchgeführt werden können, sind gut geeignet, um über allgemeine Themen zu sprechen, wie z.B. weiträumige Landschaftsänderungen oder Verkehrsbelastung etc. In kleineren Runden können persönliche Betroffenheit oder Befürchtungen vertrauensvoll geäußert werden.

Alle Beteiligungsformen dienen dazu, Informationen auszutauschen und

Kommunikationswege und -beziehungen zu etablieren.

Mitgestaltungsebene

Diese Ebene ist geeignet, um Interessenkonflikte und kontroverse Themen, die das Vorhaben betreffen, strukturiert zu bearbeiten. In der Praxis ist nicht immer ein Konsens möglich und so bleiben Probleme teilweise ungelöst. Allerdings hilft es bereits, wenn Konflikte versachlicht und entschärft werden.

Als Instrumente eignen sich z.B. runde Tische oder Mediationsverfahren, bei denen der Vorhabenträger/Projektleiter mit Bürgern, Experten und Vertretern aus Politik und Verwaltung gemeinsam Kompromisslösungen oder Handlungsspielräume entwickelt. Das Ergebnis sollte von allen Beteiligten mit getragen werden. Ergebnisse beinhalten häufig alternative Standorte, Angebote zur Schadenskompensation sowie technische Maßnahmen zur Verringerung von Belastungen. Gerade diese Phase bietet die Gelegenheit, Konfliktlösungswege bereits in einer frühen Projektphase zu erkennen und möglichst in den weiteren Planungen entsprechend zu berücksichtigen. Diese Erkenntnisse können idealerweise zur Vorbereitung auf die formalen Genehmigungsverfahren genutzt werden und Konfliktpotentiale abmildern.

Ein Plädoyer für Bürgerbeteiligung: Beispiel Kulturlandschaft Etzel

Anhand des Leitbilds Kulturlandschaft Etzel wird gezeigt, wie ein frühzeitiger Dialog mit der Öffentlichkeit über Energieprojekte aussehen kann. Die IVG Caverns GmbH hat 2011 einen neuen Weg eingeschlagen, als es um die Erweiterung des Energiespeichers im ostfriesischen Etzel ging. TECSOL war an dem Beteiligungsverfahren maßgeblich beteiligt.

Ausgangslage

Seit 1970 werden im Salzstock Etzel (Gemeinde Friedeburg, Landkreis Wittmund, Niedersachsen) künstliche Kavernen hergestellt und zur Speicherung von Erdöl und Erdgas genutzt. Aufgrund der Änderung der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben (UVP-V Bergbau) im Jahr 2010 hat das Landesamt für Bergbau und Energie (LBEG) die IVG Caverns aufgefordert für zukünftige Erweiterungen eine Umweltverträglichkeitsprüfung vorzulegen.

Im Zuge der Vorbereitungen der Umweltverträglichkeitsprüfung rückten die Auswirkungen des Kavernenbetriebs in den Fokus der Öffentlichkeit. Insbesondere die zu erwartenden Bodensenkungen durch den Kavernenbetrieb sowie die Auswirkungen auf Landschaft und Gebäude wurden mit großer Sorge betrachtet. In diesem Kontext hat sich die IVG Caverns entschlossen, eine Leitbildentwicklung zu initiieren, um sich den erwarteten Veränderungen der Landschaft verantwortungsvoll anzunehmen. Dabei ging es um eine gemeinsame Auseinandersetzung über die Frage, wie die Region um das Kavernengelände nach der vollständigen Ausprägung der Senkungen in mehr als 50 Jahren gestaltet werden soll.

So wurde vor Beginn des Planfeststellungsverfahrens über mehrere Monate zusammen mit lokalen Experten eine Zukunftsvorstellung für die Landschaft nach der Kavernennutzung entwickelt. Unter der Moderation der Regierungsvertretung Oldenburg wurden vier Arbeitskreise zu den thematischen Schwerpunkten Natur und Landschaft, Siedlung, Landwirtschaft sowie Wasserwirtschaft initiiert. An vier Terminen diskutierten die lokalen Experten offen und kontrovers über konkrete Vorschläge, Ideen, aber auch Grenzen der Umsetzung durch technische und wirtschaftliche Faktoren. Jeder Arbeitskreis verständigte sich sukzessive auf wichtige Ziele. Diese gingen nach mehrstufigen Abwägungen in das Leitbild Kulturlandschaft Etzel ein. Das Leitbild, das in Form von zwei Ergebniskarten dargestellt ist, liegt seit Juli 2012 vor und findet seitdem bei den Planungen der IVG Caverns für die Erweiterung des Kavernenfeldes Berücksichtigung.

Akzeptanzkommunikation

Die breite Öffentlichkeit wurde mithilfe verschiedener Informationsangebote über das Projekt,

seine Auswirkungen und über die Leitbildentwicklung informiert. Es gab mehrere Diskussionsveranstaltungen, ein Bürgertelefon, eine Projektwebseite, eine Informationsbroschüre, die an die Haushalte verteilt und mit einer repräsentativen Telefonbefragung begleitet wurde. In allen Ortsteilen wurden Bürgersprechstunden angeboten, so dass Bürger direkt ihre Sichtweisen und Befürchtungen mit dem Projektleiter und der Regierungsvertretung Oldenburg besprechen konnten. Zudem sind Exkursionen zu Themen aus dem Bereich der Umweltverträglichkeitsprüfung und zu spezifischen technischen Themen veranstaltet worden. Dieses Vorgehen, bei dem ein Projektträger vor und außerhalb eines Genehmigungsprozesses aktiv die Öffentlichkeit einbezogen und informiert hat, fand überregionale positive Beachtung. Durch diesen Prozess hat eine Veränderung der Unternehmenskommunikation stattgefunden, die öffentlich honoriert wurde. Zudem hat die Leitbildentwicklung zur Interessenklärung und Netzwerkbildung beigetragen, so dass neue Unterstützer für das Projekt gewonnen werden konnten. Das Leitbild ermöglicht es der IVG, ihre Planungen auf eine bessere Grundlage zu stellen, die auf lokalen Interessen und vielseitigem Wissen beruht.

Zusammenfassung und Ausblick

Akzeptanzkommunikation ist kein Rezept, das einen Rückhalt in der Bevölkerung für Energieprojekte garantiert. Faktoren, die Auswirkungen auf die öffentliche Wahrnehmung eines Vorhabens haben, können sich unerwartet verändern. Zu nennen sind hier insbesondere Wahlkampfzeiten. Gerade dann werden kontrovers diskutierte Projekte für Wahlkampagnen genutzt und bestehende Interessenkonflikte hervorgehoben. Um solchen, externen Einflussfaktoren vorzubeugen, sollten Projektträger von Anfang an kontinuierlich und offen über ihr Vorhaben informieren und ebenso in Verbindung zu politischen Vertretern aller Parteien stehen.

Weitere Störungen können sich durch neue gesellschaftliche Diskussionen und Bewertungen von Technologien ergeben, wie etwa beim Fracking. Obwohl diese Technologie in Deutschland, seit 1961 praktiziert wird, gibt es derzeit einen breiten gesellschaftlichen Konsens gegen Fracking aufgrund von Befürchtungen, dass diese Methode Gefahren für die Umwelt und die (Trink-) Wasserqualität darstellt. Diese Wertung wird durch eine nahezu durchweg kritische mediale Berichterstattung und populäre Filme wie „Gasland“ oder „Promised Land“ verstärkt. Solche Entwicklungen sind für alle Energietechnologien denkbar. Umso wichtiger ist es, frühzeitig und möglichst umfänglich abzuschätzen, mit welchen Konfrontationen bei einem konkreten Projekt zu rechnen ist. Um strategisch und vorausschauend kommunizieren zu können, müssen die entscheidenden Themen, die relevanten Akteure und die Gestaltungsspielräume für eine mögliche Beteiligung, ermittelt werden.

Wichtig ist vor allem, dass mit aktiver und transparenter Akzeptanzkommunikation frühzeitig begonnen wird, um nicht zuerst Widerstand entstehen zu lassen, der auf Spekulationen beruht. Je stärker sich Protest formiert hat, umso geringer sind die Chancen auf einen Rückhalt für das Projekt innerhalb der Akteursgruppen und der Öffentlichkeit. Es muss viel mehr Aufwand betrieben werden, wenn bereits eine abwehrende Haltung gegenüber dem Vorhaben existiert.

Sicherlich birgt das offene Darlegen von Planungen zu einem frühen Zeitpunkt die Schwierigkeit, dass auf viele Fragen noch keine konkreten Antworten vorliegen können. Entscheidend ist hierbei ein offener Umgang des Projektträgers mit den Grenzen der Verbindlichkeit seiner Aussagen zum jeweiligen Zeitpunkt.

Bürgerbeteiligung als Baustein der Akzeptanzkommunikation schafft nicht unbedingt ein Einvernehmen zwischen Vorhabenträger und Öffentlichkeit. Dennoch entschärft ein kommunikatives Vorgehen, dass Bürger ernsthaft und umfassend informieren und beteiligen will, die meist konflikthafte Situation bei der Realisierung von Energieprojekten, da dem Wunsch nach Partizipation nachgekommen wurde. Wichtig ist zu beachten: Akzeptanzkommunikation kann nur schrittweise zu mehr Vertrauen und Rückhalt führen. Die

Vertreter der unterschiedlichen Interessengruppen sollten sich persönlich und stetig begegnen. Das Projekt braucht ein geeignetes Gesicht, eine Person, die vom Vorhabenträger ausgewählt wird und die bereit ist, einen offenen Dialog mit den Bürgern einzugehen. Das trägt zu einer persönlichen Wahrnehmung des Vorhabenträgers bei und holt ihn damit aus der Anonymität eines Unternehmens.

Idealerweise bekommt das Unternehmen im Dialog mit den Bürgern konkrete und kluge Anregungen von lokalen „Experten“, die dabei helfen, ihre Planungen auf die Interessen der Nachbarschaft abzustimmen, wodurch mancher Konflikt entschärft wird. Nur wer die unterschiedlichen Interessen kennt hat eine Chance, eine Lösung zu finden.

Damit wird das Risiko für Einwände und Klagen innerhalb der Genehmigungsverfahren verringert. Nimmt ein Vorhabenträger die gesellschaftlichen Herausforderungen offen an, wird es auch in Zukunft noch möglich sein, Energieprojekte erfolgreich zu realisieren.

Literatur

- [1] Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.), Handbuch für eine gute Bürgerbeteiligung: Planung von Großvorhaben im Verkehrssektor, S. 7, (2012).
- [2] Marg, Stine; Walter, Franz (Hrsg.), Die neue Macht der Bürger: was motiviert die Protestbewegungen? S. 307, (2013).
- [3] Marg, Stine; Walter, Franz (Hrsg.), Die neue Macht der Bürger: was motiviert die Protestbewegungen? S. 306, (2013).
- [4] Verein Deutscher Ingenieure (Hrsg.), VDI 7001 Richtlinie: Kommunikation und Öffentlichkeitsbeteiligung bei Planung und Bau von Infrastrukturprojekten – Standards für die Leistungsphasen der Ingenieure, S. 2f (2014).
- [5] Verein Deutscher Ingenieure (Hrsg.), VDI 7001 Richtlinie: Kommunikation und Öffentlichkeitsbeteiligung bei Planung und Bau von Infrastrukturprojekten – Standards für die Leistungsphasen der Ingenieure, S. 10 (2014). (*Wiedergegeben mit Erlaubnis des Verein Deutscher Ingenieure e. V.*)
- [6] Gesetz zur Verbesserung der Öffentlichkeitsbeteiligung und Vereinheitlichung von Planfeststellungsverfahren (PIVereinHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2013 (BGBl. I S. 1388).